

## Barmstedter Erklärung – zu den Konsequenzen der Silvesternacht 2016

Antragsteller: Landesvorstand, Thorben Schütt, KV Dithmarschen, KV Plön, KV Ostholstein

Die erschreckenden Ereignisse in der Silvesternacht 2016 in mehreren deutschen Großstädten machen sprachlos und betroffen. Besonders erschreckend sind dabei der Polizeibericht und die Zeugenaussagen. Berichte über Gassen, durch die schikanierte Frauen gedrängt wurden, und hilflose Polizisten, die nicht zu Opfern durchdringen konnten, machen ratlos. Wie ist es möglich, dass sich solche Szenen in Deutschland abspielen können. Erinnern sie doch an die grausigen Fernsehbilder vom Tahir-Platz in Kairo, der während des arabischen Frühlings durch organisierte, sexuelle Übergriffe auf Frauen zu trauriger Berühmtheit gelangte.<sup>^</sup>

Die Vorkommnisse sind dabei auch das Ergebnis einer auf Sparflamme laufenden inneren Sicherheitspolitik, die auf eine für die Behörden extrem fordernde Flüchtlingspolitik trifft. Die große Mehrbelastung der Bundespolizei an den deutschen Außengrenzen, aber auch der Landespolizeien durch die Ausschreitungen in Flüchtlingsheimen, sowie rechtsextreme Protestaktionen und Brandstiftung, stehen im krassen Gegensatz zum Abbau der Polizeikräfte in vielen Bundesländern. Das erwartbare Zusammenspiel sind die Ereignisse in Köln: Der Polizei fehlt Personal an allen Ecken und Kanten. Beispielhaft dafür ist, dass die Beamten der Bundespolizei, die eigentlich im Kölner Bahnhof die Kräfte verstärken sollten, an der österreichischen Grenze eingesetzt sind.<sup>1</sup> Im Akkord. Seit einem Jahr.

Aber auch der Landespolizei fehlte es am Abend an Mannstärke. Eine angeforderte Hundertschaft wurde nicht bewilligt, um Kräfte zu schonen. Auch hier: Festgenommene Personen konnten auf Grund fehlender Kapazitäten nicht abtransportiert werden, mussten vielmehr wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Zu Opfern, die nur wenige Meter entfernt um Hilfe flehten, gab es auf Grund der riesigen Massen kein Durchdringen. Das alles geht aus dem veröffentlichten Polizeibericht hervor.

Dieser widerspricht zudem deutlich den Schilderungen des nordrhein-westfälischem Innenministers Jäger und des mittlerweile abgesetzten Polizeipräsidenten Albers. Dem Polizeipräsidenten wurde unter anderem vorgeworfen, die Öffentlichkeit nach den Übergriffen nicht rechtzeitig informiert zu haben und Informationen - unter anderem über die Herkunft der Verdächtigen - zurückgehalten zu haben. Dieser hatte in einer der Pressekonferenzen noch

---

<sup>1</sup> <http://www.rp-online.de/politik/koeln-wolfgang-albers-geht-taetersuche-wird-fortgesetzt-aid-1.5679458>

36 dementiert, dass Flüchtlinge überhaupt am Geschehen beteiligt gewesen seien. Diese  
37 Darstellungen mussten schließlich durch anonyme Whistleblower der beteiligten Polizeikräfte  
38 richtiggestellt werden. Es ist unfassbar, dass nachdem die Ereignisse in Köln sowieso erst  
39 zeitversetzt berichtet wurden, dann auch auf Pressekonferenzen durch falsche und völlig  
40 unzureichende Informationen verbreitet wurden.

41

42 Dabei ist es genau dieses Vorgehen, das den rechtsextremen Rand in seinen Annahmen zwischen  
43 Lügenpresse und Schweigekartell bestärkt. Genau diese Umstände sind es, die Menschen in die  
44 Arme von AfD und NPD treiben. Es muss möglich sein, unter Flüchtlingen solche Menschen  
45 herauszufiltern, die nicht integrationswillig und – fähig sind und ihr Recht auf Asyl verwirkt haben.  
46 Nicht zuletzt sind wir es auch der großen Masse an Schutzsuchenden schuldig, die sich nichts zu  
47 Schulde kommen lassen. Sie leiden am meisten an den Vorurteilen, die dadurch entstehen, dass  
48 Wahrheiten verschleiert und eine verfehlte Politik gedeckt wird. Wer das Grundrecht auf Asyl  
49 schützen will, muss es auch gegen diejenigen verteidigen, die es beanspruchen und dann die  
50 Grundregeln unseres Zusammenlebens missachten. Schonungslos.

51

52 Schließlich zeigt die Silvesternacht nur die Symptome auf. No-Go-Areas in Deutschland sind ein  
53 ignoriertes Problem. Ein Geschwür, das sich nun auszubreiten droht, nachdem es viel zu lange  
54 geduldet wurde.

55

56 Und diese Duldung von Straftaten, dieses lasche Durchgreifen des Rechtsstaates kann nur zu  
57 Ergebnissen führen, wie wir sie schon länger beobachten können. Es geht dabei nicht nur um  
58 Kapitaldelikte, so beklagt der Bund der Kriminalbeamten (BDK) seit längerem eine zu milde  
59 Bestrafung immer wieder auffallender Täter. Mit nordafrikanischen Tätern gebe es seit Jahren  
60 Probleme, besonders im Bereich Taschendiebstahl, Ladendiebstahl, Kfz-Aufbruch, Einbruch und  
61 Raub, sagte der Kölner BDK-Bezirksvorsitzende Rüdiger Thust im ZDF. "Diese Täter sind bekannt,  
62 sie arbeiten arbeitsteilig, sie arbeiten sehr gewalttätig, werden immer wieder festgenommen,  
63 immer wieder laufengelassen - und das ist unser Problem." Der Rechtsstaat muss zeigen, dass es  
64 ein Gewaltmonopol gibt. Dieses muss im Zweifelsfall strafrechtlich mit harter Hand durchgesetzt  
65 werden. Das bedeutet auch, dass beschleunigte Abschiebeprozesse unerlässlich sind, um der Lage  
66 überhaupt Herr zu werden.

67

68 All diese Maßnahmen sind notwendig, um die Bevölkerung aber auch die Flüchtlinge zu schützen.  
69 Wenn dies nicht geschieht, sind ein weiteres Erstarken rechter Kräfte und eine weitere Spaltung  
70 der Gesellschaft unvermeidbar.

71

72 Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

73

74 - Eine deutliche personelle Stärkung der Polizei in der Fläche und eine damit einhergehende  
75 gesteigerte Präsenz von Beamten.

76 - Die Wiederherstellung des Vertrauens in den Staat durch die lückenlose Aufklärung der  
77 Ereignisse nicht nur in Köln sondern auch in anderen deutschen Großstädten mit den  
78 entsprechenden personellen Konsequenzen.

79 - Ein härteres Durchgreifen im Bereich der organisierten Bandenkriminalität sowie ein  
80 verstärkter Kampf um die Sicherheit in No-Go-Areas in Deutschland.

81 - Die Verkürzung von Abschiebeverfahren. Dabei muss auch möglich sein, verurteilte Täter  
82 bereits im Bereich von Bewährungsstrafen mit sofortiger Wirkung auszuweisen.

83